

sich die Disziplinarkontrollkommission auseinanderzusetzen: 358.000 Funktionäre seien in den letzten fünf Jahren nach eingehenden Untersuchungen offiziell entlastet worden. -hei-

10 Neubewertung des 4. Juni 1989 gefordert – „Zhao Ziyangs Brief“ eine Fälschung

Anhänger des 1989 abgesetzten ehemaligen KP-Generalsekretärs Zhao Ziyang sowie Dissidenten haben im Vorfeld des XV. Parteitags durch mehrere Schriften internationales Aufsehen erregt, in denen eine Rehabilitierung des heute 77-jährigen Zhao und eine Neubewertung der Massenproteste von 1989 gefordert werden. (IHT, 11.9.1997; Kyodo News Service, 15.9.1997, nach SWB, 17.9.1997; SCMP, 16.9.1997)

Unter anderem wurde ein in den westlichen Medien hoch gespielter „Brief Zhao Ziyangs“ in Umlauf gebracht, in dem der Militäreinsatz vom 4. Juni verurteilt und eine Klärung der damaligen Ereignisse gefordert wird. Der in Antragsform an das Präsidium des Parteitages gerichtete „Brief“ war mit dem Computer geschrieben, trug keine handschriftliche Unterschrift und wurde von Familienangehörigen Zhaos schließlich als Fälschung zurückgewiesen. (Agence France-Presse, zit.n. SZ, 22.9.1997)

Dennoch trafen dieses und andere Schreiben ähnlichen Inhalts auf großes Interesse auch unter den Delegierten des XV. Parteitages, denen offenbar einzelne Exemplare mit Erfolg zugespielt worden waren. Während der Sitzungen der 36 Parteitagsdelegationen sprachen Hongkonger Meldungen zufolge mehrere Vertreter der Parteispitze (Li Peng, Zhu Rongji, Li Ruihuan und Liu Huaqing) von sich aus die Ereignisse von 1989 an und bekräftigten das Urteil der damaligen Parteiführung. Jiang Zemin soll zuvor eine Weisung ausgegeben haben, daß an dem Verdikt von 1989 entschieden festzuhalten sei. (ZM, 1997/10, S.10-11)

Auch der Sprecher des XV. Parteitages und Justizminister Xiao Yang dementierten in Pressekonferenzen vor ausländischen Journalisten, daß überhaupt Schreiben, die sich mit der Neubewertung des 4. Juni befassen, beim Parteitagspräsidium eingegangen seien. Zugleich stellten aber beide klar, daß die Partei- und Staatsführung bereits ein abschließendes und korrektes

Urteil über den 4. Juni gefällt habe, das keiner Revision bedürfe. -hei-

11 Reorganisation des Regierungsapparates – Zhu Rongjis Pläne

Nach Angaben des Komitees für Organisations- und Stellenplanung beim KP-Zentralkomitee hat die Reform des Regierungsapparates seit 1992 Fortschritte zu verzeichnen. (RMRB, 18.9.1997) Die Zahl der Ministerien und zentralstaatlichen Behörden sei von 68 auf 59 vermindert worden; 56 nicht-ständige Organe der Zentralregierung seien in diesem Zeitraum aufgelöst worden. Die Zahl des Personals in den Regierungsorganen der verschiedenen Verwaltungsebenen der verschiedenen Verwaltungsebenen sei von 9,25 Mio. auf 7,25 Mio. gesenkt worden.

Dennoch werde der aufgeblähte Regierungsapparat, auf dessen Resistenz gegen Reformversuche Jiang Zemin in seiner Parteitagsrede hinwies, weiterhin nicht den Effizienzerfordernissen der „sozialistischen Marktwirtschaft“ gerecht. Auf der Ebene der Zentralregierung gebe es 41 Ministerien, Provinzregierungen besäßen im Durchschnitt 53, Mittelstädte 46 und Kreisregierungen 28 Abteilungen bzw. Behörden.

Eine klare Trennung zwischen Verwaltungs- und Unternehmensfunktionen im Staatsektor der Wirtschaft sei bisher nur unzureichend gelungen. Die Wirtschaftsverwaltung müsse deshalb auf allen Ebenen einer durchgreifenden Reform unterzogen werden. Branchenbehörden, die eine Vielzahl von Staatsunternehmen beaufsichtigten, könnten in sich selbst finanzierende Wirtschaftseinheiten ohne Regierungsfunktionen umgewandelt werden.

Besonders in armen Kreisen und Gemeinden bilde die Reduzierung des Verwaltungspersonals eine der wichtigsten Maßnahmen zur Strukturreform und zur Armutsbekämpfung, da Bevölkerung und Wirtschaft in solchen Gebieten durch hohe Kosten für überzähliges Verwaltungspersonal schwer belastet seien. Die Zentralregierung arbeite derzeit an einem Gesetzentwurf, der die Grundzüge der Verwaltungsorganisation verbindlich regeln solle.

Eine einfache Reduzierung des Personals sei jedoch nicht in allen Bereichen sinnvoll. So habe man in den letzten Jahren etwa das Personal im Ju-

stizsystem (plus 200.000), in der Steuerverwaltung (plus 200.000) sowie in den Behörden für Industrie und Handel (plus 100.000) aufstocken müssen, um den wachsenden Erfordernissen in diesen Bereichen gerecht zu werden.

Die seit 1993 mit bescheidenem Erfolg betriebenen Verwaltungsreformen werden im nächsten Jahr mit dem Amtsantritt Zhu Rongjis als Ministerpräsident möglicherweise einen neuen Schub erfahren. Zhu soll bereits vor dem XV. Parteitag seine engeren Mitarbeiter und Berater dazu aufgerufen haben, umfassende Vorschläge zur Organisationsreform der Zentralregierung zu erarbeiten. Zhu beabsichtige, eine auf Effizienz und „wissenschaftliches“ Management der Staatsangelegenheiten ausgerichtete Organisations- und Personalstruktur zu schaffen. Zu diesem Zwecke sollen frische Kräfte aus dem von Zhu beaufsichtigten Finanzsystem (Staatsbanken und Finanzministerium) und junge Manager erfolgreicher Staatsunternehmen an die Stelle der vor dem Pensionsalter stehenden, bisher dominierenden Planungsbürokraten treten. (SCMP, 20.9.1997) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

12 XV. Parteitag: Unverändert wichtige Stellung von Wissenschaft und Technik

Generalsekretär Jiang Zemin widmete in seinem Bericht auf dem XV. Parteitag (abgedruckt in RMRB, 22.9.97, übers. in XNA, 22.9.97), der vom 12.-18. September 1997 stattfand, Wissenschaft und Technik relativ breiten Raum und bestätigte damit die Politik der Betonung von Wissenschaft und Technik, die ein wesentliches Kennzeichen der Reform- und Öffnungspolitik seit Ende der siebziger Jahre ist. Passagen zu Wissenschaft und Technik finden sich in zweien der aus zehn Kapiteln bestehenden Rede, nämlich im fünften Kapitel über die „Reform des Wirtschaftssystems“ und im siebten Kapitel über den „Aufbau einer sozialistischen Kultur mit chinesischen Kenn-

zeichen“. Schon die Aufnahme in das Kapitel über die Wirtschaft unterstreicht die Bedeutung, die Wissenschaft und Technik bei der wirtschaftlichen Entwicklung beigemessen wird. Die von Deng Xiaoping 1978 vorgenommene Aufwertung von Wissenschaft und Technik als wichtigste Produktivkraft wird bestätigt, desgleichen die Strategie, China auf der Grundlage von Wissenschaft und Bildung zu entwickeln. Neu hinzugekommen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Strategie einer nachhaltigen Entwicklung.

Was die Forschung angeht, so soll an dem Kurs festgehalten werden, sie an Chinas langfristigen Entwicklungszielen auszurichten, sie auf besondere Schwerpunkte zu konzentrieren, die Grundlagenforschung und die hochtechnologische Forschung zu stärken sowie die Umsetzung hochtechnologischer Forschungsergebnisse in die Produktion zu beschleunigen. Entwicklung und Verbreitung angewandter Technik sowie die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse in die Praxis sollen verstärkt werden. Außerdem soll sich die Forschung auf die Lösung wichtiger technischer Schlüsselprobleme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung konzentrieren. Die eigene Innovationsfähigkeit soll gestärkt, fortgeschrittene Technik aus dem Ausland schwerpunktmäßig und selektiv eingeführt werden. Es soll nur die neueste Technik zur Anwendung kommen und damit der Sprung in der technologischen Entwicklung vollzogen werden.

Nach wie vor wird auch die Forderung nach Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Technik auf der einen und der Wirtschaft auf der anderen Seite betont. Wirtschaftsunternehmen sollen Forschung und Entwicklung betreiben und hier investieren, so daß sie zur Hauptstütze für F+E und Investitionen in diesen Bereich werden. Forschungsinstitutionen und tertiäre Bildungseinrichtungen sollen auf verschiedene Weise mit Betrieben zusammenarbeiten und Produktion, Lehre und Forschung verbinden, um das Problem der Segmentierung und Zerstreuung der Kräfte zu überwinden. Die Bedeutung qualifizierter Fachkräfte und ausländischen Fachwissens wird anerkannt; zugleich sollen Anreize für die Rückkehr der Auslandsstudenten geschaffen werden.

Wissenschaft und Technik sollen auch bei der Anhebung des Bildungsniveaus des chinesischen Volkes eine Rolle spielen, wie in Kapitel 7 ausgeführt. Bildung und Wissenschaft, heißt es dort, seien grundlegend für den kulturellen Aufbau. Gefordert werden die Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse im Volk, ein wissenschaftlicher Geist und die Beherrschung wissenschaftlicher Methoden. Damit sollen Unwissenheit und feudalistischer Aberglaube überwunden werden. Neben Naturwissenschaften und Technik sollen Philosophie und Sozialwissenschaften weiterentwickelt werden, die für die Beibehaltung der führenden Rolle des Marxismus auf ideologischem Gebiet und für die Erkundung der Entwicklungsgesetze eines Sozialismus mit chinesischen Kennzeichen von Bedeutung sind.

Die Ausführungen Jiang Zemins zu Wissenschaft und Technik bestätigen die nunmehr seit fast zwei Jahrzehnten verfolgte Wissenschaftspolitik. Diese läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß Wissenschaft und Technik als die wichtigsten Produktivkräfte gelten, d.h. wissenschaftlich-technischer Fortschritt als wichtigster Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen wird. Die Partei setzt ihre Hoffnungen auf Wissenschaft und Technik, mit deren Hilfe der Abstand Chinas zu den Großmächten verringert und im 21. Jh. der Status eines Entwicklungslandes überwunden werden soll. -st-

13 XV.Parteitag: Priorität für Bildungswesen

In seinem Bericht auf dem XV. Parteitag (veröff. in RMRB, 22.9.97) hat Jiang Zemin wie schon in seiner Rede auf dem XIV.Parteitag starkes Gewicht auf den Ausbau des Bildungswesens gelegt. Im siebten Abschnitt über den Aufbau einer sozialistischen Kultur mit chinesischen Kennzeichen heißt es, daß die Ausbildung von Hunderten von Millionen qualifizierter Arbeitskräfte und Millionen von Fachleuten für Chinas Modernisierungsanstrengungen erforderlich sei und davon Chinas Stellung im 21. Jh. abhängen. Auf dem XIV.Parteitag wurde dem Bildungswesen erstmalig eine prioritäre strategische Stellung zugewiesen und diese jetzt von Jiang Zemin bestätigt. Voraussetzungen seien Hochschätzung der Lehrer und der Bildung sowie der Ausbau des Lehrerkontingents. Jiang be-

kräftigte die bildungspolitischen Ziele Einführung der neunjährigen Schulpflicht, Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Leuten, Förderung der Berufs- und Erwachsenenbildung und den Ausbau der tertiären Bildung. Die jüngste Initiative zur Erhöhung der Bildungsqualität wird erwähnt, und es wird an dem unverändert gültigen Bildungsziel festgehalten, Förderer und Nachfolger der sozialistischen Sache heranzubilden, die moralisch, wissensmäßig und körperlich entwickelt sind.

Die Bestätigung der bildungspolitischen Ziele durch Jiang Zemin ist von großer Bedeutung für deren praktische Umsetzung. Angesichts der unter den örtlichen Kadern weitverbreiteten Tendenz, das Bildungswesen zu vernachlässigen und die dafür bestimmten Mittel in lukrativere Projekte zu investieren, bietet sie neben den vorhandenen Bildungsgesetzen und Bestimmungen eine Handhabe für die Propagierung der Bildungspolitik. Auch die Beförderung Li Lanqings in den Ständigen Ausschuß des Politbüros wird sich auf die Bildungspolitik günstig auswirken; als stellvertretender Ministerpräsident hat sich Li Lanqing bereits in den vergangenen Jahren vehement für die Bildungsoffensive der Regierung eingesetzt, und zwar stärker als Bildungsminister Zhu Kaixuan. Dieser soll dem Vernehmen nach demnächst wegen Erreichen der Altersgrenze abgelöst werden durch die stellvertretende Parteisekretärin von Shanghai, Chen Zhili. Chen wird als moderate Technokratin und Anhängerin Jiang Zemins und Zhu Rongjis eingestuft (SCMP, 29.8.97). Die Ernennung dürfte sich ebenfalls positiv auf die Verwirklichung der Bildungspolitik auswirken.

Was die Realisierung der beiden wichtigsten bildungspolitischen Ziele, nämlich die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Leuten, angeht, so ist in den vergangenen Jahren zweifellos viel erreicht worden. Dennoch bleibt viel zu tun, und es ist schon jetzt abzusehen, daß die beiden Aufgaben bis zum Ende des Jahrhunderts, dem ursprünglich vorgesehenen Termin, nicht geschafft werden können. Bis Ende 1996 hatte erst rund die Hälfte aller Kreise, nämlich 1.482, die neunjährige Schulpflicht eingeführt. Hingegen soll die sechsjährige Schulpflicht bereits für 92% der Bevölkerung existieren (XNA, 26.8.97). Insbesondere in den unterentwickelten Gebieten wird es

aber noch bis weit ins nächste Jahrhundert hinein dauern, bis die allgemeine Schulpflicht von neun Jahren verwirklicht sein wird. Die Analphabetenrate konnte offiziellen Angaben zufolge unter jüngeren Leuten (15-47 Jahre) im Zeitraum 1990-1996 zwar von 10,4 auf 6% gesenkt werden (vgl. GMRB, 20.8.97; C.a., 1997/1, Ü 17), aber es sind Zweifel angebracht, ob diese angeblichen Erfolge wirklich als stabil zu bezeichnen sind. Kurzfristige Erfolge bei Alphabetisierungsmaßnahmen erweisen sich langfristig sehr häufig als nichtig, weil keine Folgemaßnahmen zur Erhaltung der Lese- und Schreibfähigkeit angeboten werden.

Partei und Regierung sind sich der Schwierigkeiten bei der Realisierung der beiden wichtigsten bildungspolitischen Ziele bewußt. Deshalb wird in jüngster Zeit sogar auf das Bildungswesen stärkeres Gewicht gelegt als auf Wissenschaft und Technik. Standen anfangs letztere im Vordergrund, so änderte sich dies mit dem XIV. Parteitag, als Wissenschaft und Technik sowie Bildung gleiche Priorität zukam. Jetzt scheint es, daß die Bildung an erster Stelle steht, wie folgende Slogans belegen: „Schwerpunkt aller Schwerpunkte“ (womit das Bildungswesen gemeint ist) (vgl. XNA, 30.9.97), „Wissenschaft und Bildung sollen das Land zur Blüte bringen, dabei muß zuerst das Bildungswesen zur Blüte gebracht werden“, „Beim Jahrhundertplan (d.h. China durch Wissenschaft und Bildung den Aufschwung zu bringen) ist Bildung die Grundlage“ (vgl. RMRB, 1.9.97, S.5). -st-

14 XV. Parteitag: Aufbau der geistigen Kultur

In seinem Bericht auf dem XV. Parteitag (abgedr. in RMRB, 22.9.97) widmete Jiang Zemin dem sog. „Aufbau einer sozialistischen geistigen Kultur mit chinesischen Kennzeichen“ breiten Raum. Die Partei betrachtet den gesamten Kulturbereich als eine Domäne, über die sie auch im Reformzeitalter die Kontrolle behalten will. Aus Jangs Ausführungen wird deutlich, daß in diesem Bereich keine Reformen vorgesehen sind. Die gesamte Gesellschaft soll nach dem Verständnis der Partei gemeinsame Ideale haben, die Erziehung in sozialistischer Moral, d.h. Dienst am Volk, Kollektivismus und Disziplin, soll verstärkt werden, und alle sollen „die richtige Weltanschau-

ung, die richtige Lebensauffassung und die richtigen Werte“ haben. An erster Stelle wird hier Patriotismus angeführt, ergänzt durch Kollektivismus, Sozialismus und den Geist der harten Arbeit. Literatur und Kunst, Presse und Publikationswesen, Rundfunk, Film und Fernsehen sollen der Parteikontrolle unterstehen, insbesondere über die Medien, die das Prinzip der Parteilichkeit zu vertreten haben, soll die Aufsicht verstärkt werden. Bei allen kulturellen Aktivitäten muß am Prinzip „dem Volke und dem Sozialismus dienen“ festgehalten werden.

Ein hervorstechender Zug ist wie schon in den vergangenen Jahren der Stolz auf die eigene kulturelle Tradition. „Die fünftausendjährige Zivilisation des chinesischen Volkes“ wird hervorgehoben und als Bindekraft für alle Nationalitäten Chinas sowie als prägende Kraft für den Sozialismus mit chinesischen Kennzeichen gesehen. Vor ihrem Hintergrund, so heißt es, müssen die Besonderheiten Chinas betrachtet werden, wie z.B. die sozialistische Wirtschaft und die wesentlichen Merkmale der chinesischen Politik. Gleichzeitig aber wird jeglichem kulturellen Isolationismus eine Absage erteilt. Die chinesische Kultur könne sich nur in Verbindung mit den Errungenschaften der Weltkultur entwickeln. Allerdings habe hierbei das Prinzip zu gelten: „Die eigene Kultur als Grundlage nehmen, die Kultur der anderen zum eigenen Nutzen nehmen“ (*yi wo wei zhu, wei wo suo yong*). Hierbei handelt es sich im Grunde um eine Neuauflage des seit der zweiten Hälfte des 19. Jh. von chinesischen Kulturkonservativen propagierten Grundsatzes „Die Lehren Chinas als Substanz, die Lehren des Westens zum praktischen Gebrauch“ (*zhong xue wei ti, xi xue wei yong*). Die kulturellen Grundlagen Chinas sollen erhalten bleiben, dem Eindringen dekadenten Gedankengutes und dekadenter Kultur, so heißt es ausdrücklich, soll entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden.

In kultureller Hinsicht hat sich auch auf diesem Parteitag nichts bewegt. Die Partei hält an ihrem Kulturkonservatismus fest, um zu verhindern, daß die eigene Kultur durch Einflüsse aus dem Ausland untergraben wird. Zwar sollen Kultur- und insbesondere Wissenschaftsaustausch gepflegt werden, aber die Einfuhr westlicher Kulturgüter soll nach dem Willen der Partei weiterhin selektiv erfolgen. Was dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt dient, wird uneingeschränkt bejaht, wo jedoch die

Grundlagen der chinesischen Kultur und insbesondere die von der Partei befürworteten Moralvorstellungen verletzt werden, wird die Partei höchste Wachsamkeit walten lassen. -st-

15 Abschaffung nicht staatlich finanzierter Lehrer

Die seit Anfang der neunziger Jahre betriebene Abschaffung der nicht vom Staat, sondern von den Gemeinden finanzierten Lehrer, der sog. *minban*-Lehrer, macht weiter Fortschritte. Die nichtstaatlichen Lehrer sind finanziell ungleich schlechter gestellt als ihre staatlich finanzierten Kollegen, haben aber durchweg auch eine schlechtere oder gar keine fachliche Ausbildung. Ziel ist es, diese nichtstaatlichen Lehrer bis zum Ende des Jahrhunderts ganz abzuschaffen. Schon seit einigen Jahren werden auf der untersten Verwaltungsebene keine neuen *minban*-Lehrer mehr eingestellt und qualifiziertere in den Staatsdienst überführt (vgl. dazu C.a., 1994/11, Ü 16). Daß es die Regierung ernst meint, wurde jüngst in einem Rundschreiben des Allgemeinen Büros des Staatsrates bekräftigt, mit dem die örtlichen Regierungen aufgefordert wurden, entsprechende wirksame Maßnahmen zur Lösung des Problems der *minban*-Lehrer zu ergreifen. Für die Lösung des Problems hat die örtliche Verwaltungsebene die Verantwortung zu übernehmen. Als konkrete Maßnahmen sind vorgesehen die Überleitung in den Staatsdienst, Entlassung oder Versetzung in den Ruhestand. Um in den Staatsdienst übernommen zu werden, ist ein Qualifikationsnachweis erforderlich, d.h. Lehrer ohne formale Ausbildung haben keine Chance. Auf diese Weise soll die Zahl der *minban*-Lehrer jedes Jahr verringert werden, so daß es bis zum Jahr 2000 keine nichtstaatlichen Lehrer mehr gibt. Lehrer mit ungenügender Qualifikation sollen vermehrt die Zulassung zum Studium an einer pädagogischen Ausbildungsstätte erhalten, und zwar sind die pädagogischen Fachmittelschulen gehalten, jedes Jahr zwischen 20 und 30 Prozent *minban*-Lehrer aufzunehmen. (Vgl. GMRB, 11.9.97, S.1)

Mit der Abschaffung der *minban*-Lehrer wird zum einen bezweckt, die Ungleichbehandlung von staatlichen und nichtstaatlichen Lehrern zu beenden, zum anderen soll damit ein Beitrag zur Anhebung der Qualität des ländlichen Schulwesens geleistet werden. -st-

16 Frauenpolitik: Beschäftigung

Von Entlassungen im staatlichen Sektor sind Frauen stärker als Männer betroffen, besonders ältere Frauen und solche mit geringerer Qualifikation und niedrigem Bildungsniveau. Mit dem Problem der Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt und des Schutzes ihrer Rechte befaßte sich kürzlich ein vom chinesischen Arbeitsministerium, der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO und der Shanghaier Arbeitsbehörde organisiertes Symposium. Einem Vertreter des Arbeitsministeriums zufolge hat sich in China der Anteil der berufstätigen Frauen seit 1978 stark erhöht und beträgt heute 46,6 Prozent der Arbeitsbevölkerung. (Dieser Anteil bezieht sich wahrscheinlich nur auf die Arbeitskräfte, für die das Arbeitsministerium zuständig ist, d.h. den staatlichen Sektor.) Zugleich aber wies er darauf hin, daß in der gegenwärtigen Reformperiode Frauen besonders unter den strukturellen Veränderungen zu leiden hätten. 59,2 Prozent aller entlassenen Arbeitskräfte seien Frauen. Die chinesische Regierung unternimmt jedoch aktive Schritte, um den betroffenen Frauen die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt zu ermöglichen. In Shanghai beispielsweise sollen 103.000 entlassene Arbeiter, von denen 75 Prozent Frauen waren, wieder einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Hilfen bestehen aus Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. (Vgl. XNA, 3.9.97) -st-

17 Umwelt: Verlust an Ackerland

Eines der größten Umweltprobleme Chinas stellt der rapide fortschreitende Verlust an agrarisch genutzter Fläche dar. Dies ist teils auf natürliche Einwirkungen, teils auf durch Menschen verursachte Schäden oder Infrastrukturmaßnahmen zurückzuführen. Die zurückgehende Agrarfläche ist nicht nur Ausdruck der in China vor sich gehenden Umweltzerstörung, sondern hat auch Auswirkungen auf die Ernährungsfrage. Kürzlich wurden offizielle chinesische Zahlen zu diesem Phänomen bekannt. Danach beträgt die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf gegenwärtig nur noch 933 qm. Doch in rund 660 Kreisen beträgt sie weniger als 532 qm, was von den Vereinten Nationen als minimale Fläche ausgegeben worden ist.

30 Prozent der gesamten kultivierten Fläche Chinas ist von Erosion betroffen, und zwar soll der Anteil der unter Erosion leidenden Agrarfläche zwischen 1949 und heute von 1,16 Mio. qkm auf 1,6 Mio. qkm angestiegen sein. 40 Prozent der bebauten Fläche in Dürregebieten sollen sich in einem ernstesten Zustand befinden, und über 20 Mio. ha sollen verseucht sein. Seit 1986 wurden mehr als 4,5 Mio. ha Ackerland zerstört, und zwar hauptsächlich durch „die Umstrukturierung der Landwirtschaft“ und Naturkatastrophen. Durchschnittlich gehen pro Jahr 0,5 Mio. ha Ackerland verloren. (Zhongguo Xinwen She, Beijing, 2.9.97, nach SWB, 10.9.97)

Worauf der Verlust an Ackerland konkret zurückzuführen ist, bleibt in der Meldung unklar, weil nicht definiert ist, was unter „Umstrukturierung der Landwirtschaft“ zu verstehen ist. Wenn es sich um rein landwirtschaftliche Maßnahmen handelt, dann wären darunter z.B. die Neuaufteilung des Bodens, aber auch Überdüngung oder Auslaugung des Bodens zu verstehen. Wäre die Umstrukturierung der ländlichen Wirtschaft im weiteren Sinne gemeint, dann müßte der Hauptanteil des Bodenverlustes Infrastrukturmaßnahmen und nichtlandwirtschaftlichen Zwecken zugeschrieben werden. Daß letzteres gemeint ist, ließe sich dem Satz entnehmen, der sich an die Aussage anschließt, daß seit 1986 über 4,5 Mio. ha Ackerland zerstört wurden. Dort heißt es, daß die Fläche bebaubaren Ackerlandes [von diesen 4,5 Mio. ha?], die für nichtlandwirtschaftliche Zwecke genutzt wird, 2 Mio. ha beträgt. Doch es wird hinzugefügt, daß die Fläche tatsächlich 2,5mal höher liegen könnte als die offizielle Zahl. Wenn eine solche Vermutung schon von einer offiziellen Nachrichtenagentur geäußert wird, so läßt sich ahnen, daß das tatsächliche Ausmaß des jährlichen Verlustes an Ackerland weitaus höher als die offiziellen Angaben liegt. -st-

Binnenwirtschaft

18 Der 15. Parteitag zur Wirtschaftsreform und -entwicklung

Im Zentrum des 15. Parteitages der KCh im September 1997 standen

Fragen zur Wirtschaftsreform, insbesondere zur Zukunft des Staatssektors. Im Kapitel fünf seines Berichtes auf dem Parteitag widmete Jiang Zemin der Wirtschaftsreform und Entwicklungstrategie breiten Raum. Bis Mitte des kommenden Jahrhunderts müßten Jiang Zemin zufolge zwei grundsätzliche Probleme gelöst werden. So sei bis dahin ein System der sozialistischen Marktwirtschaft aufzubauen und ein nachhaltiges, hohes und gesundes gesamtwirtschaftliches Entwicklungstempo aufrechtzuerhalten. Im einzelnen nannte Jiang Zemin einige Reformbereiche, die im folgenden auszugsweise und in verkürzter Form vorgestellt werden:

1) Anpassung und Verbesserung der Eigentumsstruktur

Während des Anfangsstadiums des Sozialismus soll das öffentliche Eigentum die dominante Eigentumsform sein, andere Formen könnten sich daneben entwickeln. Zum öffentlichen Sektor der Wirtschaft zählt Jiang Zemin nicht nur den staatlichen und kollektiveigenen Bereich, sondern auch staatliche und kollektiveigene Elemente in der aus gemischten Eigentumsstrukturen bestehenden Wirtschaft. Die dominante Position des öffentlichen Eigentums stellt sich wie folgt dar: Der überwiegende Teil des Vermögens ist im öffentlichen Eigentum, der staatseigene Sektor kontrolliert zentrale Bereiche der nationalen Wirtschaft (die „Lebensadern“) und spielt eine führende Rolle in der Wirtschaftsentwicklung. Regional gesehen und branchenbezogen kann es Abweichungen geben. Die führende Rolle des staatseigenen Sektors bezieht sich in erster Linie auf die Kontrollfähigkeit, dann auf die Quantität. In wichtigen Industrien und Schlüsselbereichen muß der staatseigene Sektor die führende Rolle haben. Unter der Voraussetzung,

- * daß das öffentliche Eigentum die dominante Eigentumsform bleibt,
- * daß der Staat zentrale Bereiche kontrolliert und
- * daß der staatseigene Sektor eine starke Kontrollfähigkeit besitzt und konkurrenzfähiger ist, beeinflusst der neuen Definition von Jiang Zemin zufolge selbst ein kleinerer Anteil des staatseigenen Sektors an der Wirtschaft nicht die „sozialistische Natur der Wirtschaft Chinas“.

Jiang Zemin führt in seinem Bericht weiter aus, daß öffentliches Eigentum in verschiedenen Formen auftritt. Die Kapitalgesellschaft sei eine Form der Organisation moderner Unternehmen, die eine Trennung von Eigentum und